

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/MagazinWirtschaftFinanzen/063/s-a-dienstleistungen-in-deutschland.html>



Die Bundesregierung informiert.

Nr. 063 10/2008

1

Dienstleistungen in Deutschland

Im Magazin für Wirtschaft und Finanzen informiert die Bundesregierung ausführlich über den Dienstleistungsbereich in der Bundesrepublik Deutschland:

Der Dienstleistungssektor boomt. Die Bedeutung des produzierenden Gewerbes hat in der Vergangenheit kontinuierlich abgenommen. Heute sind Dienstleistungen die vorrangige Erwerbsquelle der Bundesbürger. Rund zwei Drittel des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet der Dienstleistungssektor.

Der Dienstleistungssektor wird als "tertiärer Wirtschaftssektor" bezeichnet. Zum "primären Sektor" gehören zum Beispiel Land- und Forstwirtschaft und die Fischerei. Der sekundäre Sektor besteht aus dem produzierenden Gewerbe, der Industrie.

Zum Dienstleistungssektor gehören:

1. Distributions-Dienstleistungen (das sind: Handel, Verkehr, Nachrichten)
2. Unternehmens-Dienstleistungen (d.h. Finanzdienste, Leasing, Weiterbildung)
3. Persönliche Dienstleistungen, die vom Gastgewerbe, Kultur- und Sporteinrichtungen, z.T. auch von Haushalten erbracht werden
4. schließlich soziale Dienstleistungen (seitens des Staates, des Gesundheitswesens, durch Unterricht sowie durch Kirchen)

Dabei spielen soziale Dienstleistungen eine wichtige Rolle. Das sind in erster Linie Dienstleistungen für Menschen, die Hilfe und Unterstützung benötigen: Beispielsweise betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderungen. Oder Haushaltshilfen für Senioren. Oder ambulante Pflegedienste für alte und kranke Menschen. Allein die Zahl der Pflegebedürftigen soll bis zum Jahr 2030 um fast 60 Prozent zunehmen, sagt das Statistische Bundesamt.

Dienstleistungsunternehmen haben ganz überwiegend (und zwar zu 81 Prozent) einen Eigentümer oder befinden sich im Besitz einer Familie. Diese haften mit ihrem Privatvermögen.

Die meisten Unternehmen sind ausschließlich auf ihrem unmittelbaren lokalen Markt tätig. Es gibt aber auch im Dienstleistungssektor große international tätige Global Player, die überwiegend Unternehmensdienstleistungen anbieten. Zudem gewinnt der Dienstleistungsanteil in deutschen Industrieunternehmen immer stärker an Bedeutung: Maschinen werden in der Regel mit Wartungsvertrag verkauft.

Dienstleister erwirtschaften heute 70 Prozent der Bruttowertschöpfung in Deutschland. Die Bruttowertschöpfung ist die wichtigste Größe bei der Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts (abgekürzt BIP), das den Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung misst. Sie haben damit den mit Abstand größten Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung.

Finanzierungs-, Vermietungs- und Unternehmensdienstleister tragen seit 1994 innerhalb des Dienstleistungssektors den größten Anteil zur Wertschöpfung bei. 2007 erzeugte dieser Bereich fast ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung.

1970 waren rund 45 Prozent der 26,6 Millionen Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet im Dienstleistungsbereich tätig. Heute arbeiten dort über 29 Millionen von den über 40 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland. Das sind 72,5 Prozent aller Erwerbstätigen. 1991 waren es noch 59,5 Prozent.

Besonders viele Arbeitsplätze entstanden in den Bereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, einschließlich Zeitarbeitsfirmen.

Die Bundesregierung fördert diesen wichtigen Wirtschaftszweig Dienstleistungen mit vielfältigen Programmen. Sie unterstützt beispielsweise mit dem "Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)" kleine und mittlere Dienstleistungsunternehmen in ihren Innovationsbemühungen.

In Europa hat der Dienstleistungsbereich bisher nur einen Anteil am Handel von 20 Prozent. Die Bundesregierung hat sich daher für die Verabschiedung einer europäischen Dienstleistungsrichtlinie eingesetzt, die den Handel mit Dienstleistungen erleichtert.

2

Dienstleistungsexport

Deutschland ist führend beim Export von Waren. Der Anteil der deutschen Dienstleistungen am Gesamtexport ist mit 15 Prozent jedoch gering. Gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Dienstleistungsbranche schöpft sie ihre Exportpotentiale nicht aus. Damit sich das ändert, fördert die Bundesregierung den Export deutscher Dienstleistungen. Und auch die Europäische Dienstleistungsrichtlinie baut Handelshemmnisse ab.

Die gute Nachricht zuerst: Nach aktuellen Zahlen der Welthandelsorganisation (WTO) ist Deutschland zum weltweit drittgrößten Exporteur von Dienstleistungen aufgestiegen. 2005 exportierte die Bundesrepublik Dienstleistungen im Wert von über 140 Milliarden US-Dollar und hat damit Frankreich überholt. Nur die USA und Großbritannien sind besser. In einigen Branchen, wie etwa Bau- oder Postdienstleistungen, ist Deutschland

auch hier Exportweltmeister.

Dennoch: Deutschland schöpft seine Wachstums- und Beschäftigungspotentiale beim Export von Dienstleistungen noch nicht genügend aus. Die 15 Prozent Anteil am Gesamtexport sind deutlich weniger als in vielen anderen europäischen Staaten. In Großbritannien liegt die Quote beispielsweise bei 30 Prozent.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie reichen von Sprach- und Kulturbarrieren über Schwierigkeiten beim Finden geeigneter Partner bis hin zu Problemen bei der Finanzierung und Preisgestaltung. Es gibt allerdings auch rechtliche Hindernisse. So stoßen Dienstleister und ihre Kunden im grenzüberschreitenden Handel immer wieder auf Barrieren.

Beispielsweise kann zwar ein in Deutschland ansässiger Malermeister die Wände in Belgien streichen. Seine Farben muss er allerdings in einem vom belgischen TÜV abgenommenem Fahrzeug transportieren. Sein eigenes, in Deutschland zugelassenes Fahrzeug, darf er nicht benutzen. Oder: Ein deutsches Unternehmen, das in Frankreich einen Fahrstuhl warten will, muss seine Mitarbeiter eine Woche vorher bei den französischen Behörden anmelden.

Diese Hemmnisse gehören zumindest innerhalb der EU bald der Vergangenheit an. Mit der im Dezember 2006 verabschiedeten EU-Dienstleistungsrichtlinie haben die EU-Mitgliedsstaaten den grenzüberschreitenden Handel gestärkt. Sie bringt für alle europäischen Dienstleister deutliche Vereinfachungen und Verbesserungen und baut Hemmnisse ab. Davon profitieren besonders kleine und mittlere Unternehmen. Die Richtlinie gilt für Handel, Gastronomie, Handwerk, IT-Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, Unternehmensdienstleistungen und technische Dienstleistungen, Beratung und Bauwirtschaft. Die Mitgliedsstaaten hatten bis Ende 2009 Zeit, die Vorgaben der EU in nationales Recht umzusetzen.

Die Bundesregierung fördert die Anbahnung von Kooperationen technischer Dienstleister mit ausländischen Partnern.

So können deutsche Unternehmen ihre Marktchancen besser nutzen. Verschiedene Projektträger erschließen im Auftrag der Bundesregierung Kooperationsmöglichkeiten und führen die jeweiligen Partner zusammen. Die Projektträger identifizieren Kooperationsfelder, erfassen mögliche Partner, organisieren Kooperationsplattformen und coachen die jeweiligen Partner. Sie arbeiten dabei eng mit Behörden und Förderorganisationen zusammen: Den Auslandshandelskammern oder Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft, den diplomatischen Vertretungen, der Bundesagentur für Außenwirtschaft und den verschiedenen Außenwirtschafts-Förderorganisationen der Wirtschaft.

Vor drei Jahren hatte der Mediziner Axel Ullrich aus dem Münchener Max-Planck-Institut für Biochemie die zündende Idee: Mit einem neuen methodischen Ansatz wollte er die Nebenwirkungen von Medikamentenwirkstoffen sicher voraussagen.

Denn herkömmliche Tests an Mensch und Tier sind längst nicht hundertprozentig zuverlässig. Nicht selten treten Nebenwirkungen erst nach Zulassung und Markteinführung auf.

Die Bundesregierung förderte die teure Erforschung und Entwicklung dieser neuen Testmethode gefördert. So konnten Ullrich und seine Mitstreiter mit dem Dienstleistungsunternehmen KINAXO Biotechnologies GmbH im Jahr 2005 eine innovative Technik entwickeln.

Nun reichen die menschlichen Gewebeproben aus, um eventuelle Nebenwirkungen – noch vor klinischen Tests – sicher und zeitnah prognostizieren zu können. Für global agierende Pharmaunternehmen sind die Dienstleistungen des kleinen Unternehmens bares Geld wert.

Die finanzielle Unterstützung leistete der High-Tech-Gründerfonds der Bundesregierung, der Industrie und der KfW-Bankengruppe (früher: Kreditanstalt für Wiederaufbau). Seit 2005 unterstützt der Fonds neu gegründete Technologieunternehmen. So erhielt KINAXO zu Beginn 500.000 Euro. "Ohne diesen Anschub wären wir als forschungsintensives Unternehmen mit teurem Labor- und Technikbedarf kaum ins Laufen gekommen", sagt KINAXO-Geschäftsführer Andreas Jenen.

In modernen Industriestaaten steht der Dienstleistungssektor für etwa zwei Drittel der Beschäftigung und der Bruttowertschöpfung. Daraus ergibt sich die große Bedeutung der Dienstleistungen für technologische Entwicklungen in einem Hightech-Land wie Deutschland: Innovative Dienstleistungen sind wichtig für Wachstum und Beschäftigung.

Wirtschaftlich ist dieser Sektor noch entwicklungsfähig. Das Wachstum auf Zukunftsmärkten ist untrennbar mit Dienstleistungsinnovationen verbunden: Von der Logistik über Multimedia, Forschung und Entwicklung, Unternehmensdienstleistungen, Gesundheit bis zu persönlichen Dienstleistungen und Kreativberufen.

Deshalb setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass der deutsche Dienstleistungssektor künftig die gleiche Exzellenz erreicht wie die deutsche Industrie.

Bundesforschungsministerin Annette Schavan sagte dazu: "Die demografische Entwicklung in Deutschland und die zunehmende Verflechtung der Weltmärkte erfordern eine kontinuierliche Weiterentwicklung von Dienstleistungen." Nur so kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands erhalten werden.

Die Innovationsfähigkeit im Dienstleistungssektor bestimmt sich nach anderen, besonderen Bedingungen als in der Sachgüterindustrie. Die für Dienstleistungen typischen Prozessinnovationen, neuen Marktentwicklungen und Restrukturierungen in der Organisation entziehen sich "klassischen" Indikatoren. Darüber ist jedoch noch relativ wenig bekannt.

Deshalb gibt es das Programm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) mit dem Titel "Innovationen mit Dienstleistungen". Damit soll das Innovationsgeschehen im Dienstleistungssektor weiter erforscht werden. In den nächsten fünf Jahren stehen dafür rund 70 Millionen Euro zur Verfügung.

Mit dem Geld werden Forschungsarbeiten gefördert, die sonst nicht durchgeführt werden könnten. Das Programm setzt an der Entwicklung von Dienstleistungen an, schließt die Erbringung der Leistung und die mögliche "Nachbetreuung" der Kundinnen und Kunden ein.

Im Juli 2008 startete die Bundesregierung das "Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)". Mit ZIM unterstützt sie insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU): Dazu gehören vor allem auch Dienstleistungsunternehmen. Sie sollen wettbewerbsfähiger werden.

Gefördert werden vor allem die Forschung und Entwicklung für innovative Produkte, Verfahren und technische Dienstleistungen. Die staatliche Unterstützung minimiert die Risiken teurer Forschungs- und Entwicklungsprojekte. Die Bundesregierung leistet damit einen Beitrag zum Wachstum der Unternehmen und schafft neue Arbeitsplätze.

Gerade für KMU bedeuten bürokratische Pflichten einen enormen Arbeitsaufwand. Die Bundesregierung verabschiedete deshalb den Entwurf eines weiteren Mittelstands-Entlastungsgesetzes. Das entlastet die Unternehmen bei Statistiken und beim Gewererecht. Sie sparen pro Jahr Bürokratiekosten von mindestens 97 Millionen Euro. Das macht Platz für neue Aufgaben.

4

Meerestechnische Industrie

Mitten im Meer, 45 Kilometer vor der Insel Borkum, steht das Umspannwerk des Windparks Alpha Ventus. Mit dem Umspannwerk wird in Kürze der Strom zum Land weitergeleitet, der auf See in zwölf Windmühlen produziert wird.

Es geht um Offshore-Windenergie und die erste deutsche Anlage Alpha Ventus. Offshore bedeutet, die Anlagen sind weit vom Ufer entfernt. Sie sollen Strom für 50.000 Haushalte liefern.

Technische Lösungen für die Gewinnung von Rohstoffen und Energie mitten im Meer sind ein Wachstumsmarkt. Die deutsche meerestechnische Industrie soll rechtzeitig mit innovativen Systemlösungen am Weltmarkt präsent sein. Die Bundesregierung unterstützt mit ihrer Offshore-Strategie die Industrie hierbei. Das Investitionsvolumen allein dafür beträgt schätzungsweise bis zu 100 Milliarden Euro. Es umfasst nicht nur Investitionen in Offshore-Windparks und deren Netzanbindung. Hinzu kommen Gelder für maritime Installations-, Service- und Dienstleistungsbranchen sowie für die Hafeninfrastruktur.

Gerade für den Export von Technologien zur Errichtung von Offshore-Windparks sehen Branchenkenner enorme Potenziale. Nicht ohne Grund: Die Exportquote bei Windenergieanlagen an Land liegt derzeit bei über 80 Prozent. In den Unternehmen der deutschen Windbranche arbeiten mittlerweile über 80.000 Menschen.

Seit 2004 wird der Offshore-Strom nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz mit 9,1 Cent pro Kilowattstunde vergütet. Innerhalb von fünf Jahren stellt das Bundesumweltministerium 50 Millionen Euro für die Forschung und Entwicklung im Offshore-Testfeld in der Nordsee bereit.

Die Offshore-Windenergie ist nur ein Beispiel für das Innovationsfeld Maritime Technologien der Hightech-Strategie der Bundesregierung. Ganz besonders wichtig ist der Schiffbau. Insbesondere bei hochkomplexen Spezialschiffen haben deutsche Werften schon heute eine sehr gute Weltmarktposition. Um im Wettbewerb aber gegen die Konkurrenz bestehen können, sind jetzt insbesondere Innovationen bei Standardschiffen gefragt.

Die deutsche Seeschiffbauindustrie steht mit rund 22.000 Arbeitsplätzen in Europa an erster und weltweit an vierter Stelle. Hinzu kommen 72.000 Arbeitsplätze in 400 Unternehmen der Zulieferindustrie – mit einer Exportquote von 72 Prozent. Gemessen am Umsatz von 11,9 Milliarden Euro ist die Branche damit weltweit die Nummer zwei, beim Export ist sie die Nummer eins.

Nach den Auftragseingängen sind die Seeschiffswerften über viele Jahre ausgelastet. Auch bei Umbau- und Reparaturwerften und beim Bau von Binnen- und Marineschiffen ist die Entwicklung positiv. So setzten allein die Marinewerften bei Neubauten, Reparaturen und Umbauten an die 1,3 Milliarden Euro um.

Bis 2005 haben Bund und Küstenländer mit Wettbewerbsbeihilfen für die deutschen Werften vor allem Aufträge subventioniert. Seitdem fließen die Gelder der Bundesregierung in Forschung und Entwicklung.

Gefördert werden hauptsächlich innovative Schiffbauten und verbesserte Verfahren. Das Programm "Schifffahrt und Meerestechnik für das 21. Jahrhundert" des Bundeswirtschaftsministeriums finanziert vorwiegend industriegeführte Verbundprojekte. Hier arbeiten Unternehmen mit Hochschulen oder Forschungseinrichtungen an einem gemeinsamen Entwicklungsziel. Die Fördermittel steigen von 13,6 Millionen Euro in 2005 auf 27 Millionen in 2010.

Bestimmte Themen werden gezielt gefördert. Etwa "Das energieeffiziente Schiff", "Flexible Serienfertigung", "Innovative Umschlagtechniken" und "Angepasste Schiffskonstruktionen für Binnen- und Küstenschifffahrt".

Zentraler Forschungsgegenstand ist die Sicherheit. Forscher simulieren mit hochkomplexen Computerprogrammen exakt das Verhalten von Schiffen bei starkem Seegang. Untersucht werden zudem die Manövrierfähigkeit eines Schiffes und der Treibstoffverbrauch. Und dabei geht es vor allem um Geld. Denn in den ersten vier Wochen der Planung entscheidet sich, wie teuer der Schiffbau wird. Über 85 Prozent der Kosten wird in der ersten Planungsphase entschieden: Für den Reeder ein entscheidender Faktor.

Die schnelle Konstruktion von Schiffen mit ganz speziellen Charakteristika ist die Stärke des deutschen Schiffbaus. Deshalb sind die Werften für die kommenden Jahre ausgelastet.

Auch der Abbau von Rohstoffen aus dem Meer ist für Deutschland ein Thema. In der Nordsee finden sich leider keine Diamanten am Meeresgrund. Das ist jedoch vor Namibia der Fall. Deutsche Bohrschiffe sind hier bereits im Einsatz. Der Abbau von Mineralien wird angesichts abnehmender Reserven an Land immer wichtiger. So lassen sich insbesondere Kupfer, Nickel, Kobalt und Molybdän vom Meeresgrund holen.

Das spektakulärste Projekt bereiten Forscher im Kieler Institut Geomar vor: Die Gewinnung von Methanhydraten. Dieser unter Druck im Wasser feste Stoff wird bei Förderung gasförmig und zersetzt sich zu Wasser und Methan, also Erdgas. Die Idee der Forscher ist genial. Sie wollen in die unter dem Meeresboden liegenden Lagerstätten Kohlendioxid pumpen. Dieses klimaschädliche Gas wird aus den Abgasen von Kraftwerken gewonnen. Es wird im Meer unter Druck genauso zu einem festen Stoff wie das Methanhydrat. So kann es Atmosphäre schonend dauerhaft eingelagert werden. Das Kohlendioxid verdrängt das Methanhydrat. Dieses wird aufgefangen und als Energieträger an Land gepumpt.

So leistet maritime Hightech einen Beitrag zur Energieversorgung, zum Umweltschutz und zum Wirtschaftswachstum.

5

Stabilisierung des Finanzmarktes

Die Bundesregierung hat mit dem Gesetz zur Stabilisierung des Finanzmarkts Hilfen für die deutschen Banken beschlossen. Bundesbürgschaften und Kapitalhilfen für die Banken sowie neue Bilanzierungsregeln sollen den Finanzmärkten neue Stabilität geben – und die Sparguthaben der Menschen sichern. Das ist eine vertrauensbildende Maßnahme.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte dazu: "Das Maßnahmenpaket dient der Stabilisierung des Finanzsystems und dem Schutz der Bürger – und nicht dem Schutz von Bankinteressen."

Ein stabiler Finanzmarkt ist ein öffentliches Gut: Für Firmen, Kommunen, Altersvorsorge und Sparer.

Die Finanzmärkte sanken immer tiefer in die Krise. Banken zogen ihre Anlagegelder aus dem Geldmarkt ab oder parkten sie bei den Notenbanken und schwächten so ihren eigenen Kreditmarkt.

Die Notenbanken stellten den Finanzmärkten weltweit Geld zur kurzfristigen Finanzierung zur Verfügung. Einige Notenbanken senkten die Leitzinsen, um die konjunkturelle Entwicklung und die Geldwertstabilität zu stützen. Das allein reichte jedoch nicht, um das Vertrauen der Banken untereinander wiederherzustellen. Das aber ist wichtig, auch damit das Geld der Bürgerinnen und Bürger sicher angelegt bleibt. Deshalb waren staatliche Maßnahmen erforderlich.

Langfristig sollen nach dem Willen der Bundesregierung und ihrer internationalen Partner strengere internationale Regeln die Märkte sicherer machen. Aus den Fehlentwicklungen der Märkte gelte es jetzt endlich die richtigen Schlüsse zu ziehen, sagte die Bundeskanzlerin.

6

Zoll

Was macht der Zoll eigentlich in einem Europa ohne Grenzen? Die 40.000 deutschen Zöllnerinnen und Zöllner machen sehr viel und das sehr erfolgreich. Sie erheben Verbrauchssteuern und Zölle, kontrollieren und sichern den geordneten Warenverkehr und bekämpfen Schmuggel, Geldwäsche und illegale Beschäftigung. Aus der Grenzabfertigungsbehörde ist eine umfassende, moderne Wirtschaftsverwaltung des Bundes geworden.

Als zuständige Ermittlungsbehörde für Straftaten und Ordnungswidrigkeiten setzt der Zoll Recht durch, sichert die Sozialsysteme und schützt die Bevölkerung vor grenzüberschreitender Kriminalität.

Bei der Zolloperation ATHENA im September 2008 stellte allein der deutsche Zoll 5,5 Millionen Euro Bargeld sicher. An dieser internationalen Aktion gegen Geldwäscher waren

die Zollverwaltungen der EU und Zollbehörden aus fünf weiteren Staaten beteiligt. Die Zollfahndung prüfte sodann die Herkunft der sichergestellten Gelder.

Das Außenwirtschaftsrecht beschränkt den – an sich freien – Wirtschaftsverkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Zahlungen. Der Zollfahndungsdienst, die "Kriminalpolizei der Zollverwaltung", überwacht die Einhaltung der Bestimmungen. So führt der Zoll internationale Bargeldkontrollen durch, um Geldwäsche und die Finanzierung terroristischer Vereinigungen aufzudecken und zu verfolgen.

Bei der Operation ATHENA fassten die Zollfahnder auch Steuersünder. Auf den Straßen in Richtung Schweiz und Liechtenstein konnten manche Reisende die legale Herkunft mitgeführter Geldbeträge über 10.000 Euro nicht erklären.

Die Zollverwaltung

- ist die Steuerbehörde für die Verbrauchsteuern des Bundes. Sie nimmt die Steuern ein und verwaltet außerdem das so genannte Branntweinmonopol.
- Sie überwacht den Warenverkehr verbrauchsteuerpflichtiger Güter über die Grenze. Der Steueraufsicht durch die Zollverwaltung unterliegen insbesondere: Herstellung, Lagerung und gewerbliche Verwendung verbrauchsteuerpflichtiger Erzeugnisse in Deutschland.
- Sie erhebt im grenzüberschreitenden Warenverkehr Ein- und Ausfuhrabgaben und überwacht Verbote und Beschränkungen, beispielsweise für: Betäubungsmittel, Grundstoffe, beim Artenschutz, Arzneimittel, beim Gewerblichen Rechtsschutz und Waffen.
- Sie überwacht den Außenwirtschaftsverkehr.
- Schließlich erhebt sie Abgaben und gewährt Subventionen auf dem Gebiet der Europäischen Marktordnungen für viele landwirtschaftliche Produkte.

Der Zoll nahm z.B. 2007 Jahr 110 Milliarden Euro. Das war etwa die Hälfte der Steuereinnahmen des Bundes und gut 40 Prozent des Bundeshaushalts.

64 Milliarden stammten aus den durch Bundesgesetze geregelten Verbrauchsteuern. Am ertragreichsten waren davon die Energiesteuer mit rund 39,9 Milliarden Euro, die Tabaksteuer mit 14,3 Milliarden Euro und die Stromsteuer mit 6,4 Milliarden Euro.

42,1 Milliarden Euro trug die Einfuhrumsatzsteuer bei. Das sind Abgaben oder Steuern aus dem grenzüberschreitenden Warenverkehr mit Ländern außerhalb der EU. Ein- und Ausfuhrzölle dienen heute in erster Linie dem Schutz der heimischen Wirtschaft.

Mit diesen Einnahmen des Zolls finanziert die Bundesregierung wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Familie, Forschung oder Infrastruktur.

Ob es um Produktpiraterie, Umweltverschmutzung, Seuchengefahr, Drogenmissbrauch, Verlust der biologischen Artenvielfalt oder Klonen menschlicher Genome geht, der Zoll ist gefragt. Die Zollkontrolleure verfolgen nicht nur die illegale Einfuhr von Drogen, Waffen und anderen verbotenen Waren. Die Zollkontrollen sind auch notwendig, um Menschen sowie die Tier- und Pflanzenwelt vor Krankheiten und Seuchen zu schützen.

Produkt- und Markenpiraterie verursachen Schäden in Milliardenhöhe und gefährden Arbeitsplätze. Gerade für den Standort Deutschland sind Ideenklau und Produktpiraterie eine reale Bedrohung: Denn Produktinnovationen und Spitzentechnologie sichern Deutschlands Wettbewerbsvorteile auf den globalen Märkten.

Der Zoll beschlagnahmte allein 2006 bei der Einfuhr nach Deutschland gefälschte Produkte im Wert von über 1,1 Milliarden Euro - fünf Mal mehr als im Vorjahr.

2007 beschlagnahmte der Zoll 465 Millionen Schmuggelzigaretten und rund 18 Tonnen verbotene Rauschgifte. Geschmuggelte Zigaretten sind häufig gefälscht und enthalten nach Expertenmeinung regelmäßig zusätzliche Gifte wie Blei, Cadmium oder sogar Arsen.

Die Schattenwirtschaft fördert Arbeitslosigkeit, schädigt die Sozialkassen und gefährdet gesetzestreue Unternehmen. Die "Finanzkontrolleure Schwarzarbeit" des Zolls leiteten 2007 fast 18.000 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten und fast 75.000 Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten ein.

7

Post

Künftig sind nicht mehr allein die so genannten Universaldienste der Deutschen Post AG (DP AG) umsatzsteuerfrei. Ab dem 1. Januar 2010 profitieren davon auch andere Unternehmen, die bestimmte Postsendungen flächendeckend im gesamten Bundesgebiet ausliefern.

Das heißt: Die Unternehmen erhalten nur den Umsatzsteuervorteil, wenn sie Briefe und Pakete nicht nur in Großstädten, sondern auch in abgelegenen Dörfern oder auf kleinen Nordseeinseln zugestellt.

Im Rahmen der gesetzlichen Neuregelung werden einige Postdienste umsatzsteuerpflichtig - das Gros der Produkte und Dienstleistungen bleibt jedoch von der Umsatzsteuer befreit.

Damit trägt die Bundesregierung der zunehmenden Liberalisierung auf dem Postmarkt Rechnung und erfüllt gleichzeitig eine Forderung der EU-Kommission, die Umsatzsteuerbefreiung für Postdienstleistungen zu ändern.

Das Bundeskabinett beschloss am 24. September 2008 den entsprechenden Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes.

Die Umsatzsteuerbefreiung soll es Wettbewerbern der DP AG ermöglichen, Universaldienste zu erschwinglichen Preisen anzubieten. Diese müssen von der Bundesnetzagentur genehmigt werden.

Das Porto für private Briefe und leichte Päckchen bleibt steuerfrei.

Umsatzsteuerfreie Postdienstleistungen sind künftig:

- Briefsendungen bis 2.000 Gramm Gewicht,
- Pakete bis 10 Kilogramm,
- Bücher, Kataloge, Zeitungen und Zeitschriften bis zu je 2 Kilogramm sowie
- Einschreiben und Wertsendungen.

Nicht mehr umsatzsteuerfrei sind dann Pakete, Bücher, Kataloge, Zeitungen, Zeitschriften über dem oben genannten Gewicht, Expresszustellungen, Nachnahmesendungen und individuell vereinbarte Leistungen.

Die DP AG verlor 2007 das Briefmonopol. Der Wettbewerb auf dem Postmarkt entwickelt sich.

In der Vergangenheit hat die DP AG die flächendeckende Grundversorgung mit Postdienstleistungen einer bestimmten Qualität zu tragbaren Preisen gewährleistet. Dazu ist sie nach Ende des Briefmonopols nicht mehr verpflichtet. Auch andere Anbieter sollen langfristig diese Aufgabe mit übernehmen.

Die Änderung bei der Umsatzsteuer verringert den bisherigen Wettbewerbsvorteil der DP AG gegenüber anderen Anbietern. Vor allem der Geschäftskundenbereich ist für die Wettbewerber der DP AG wichtig.

8

Familienförderung

Ab Januar 2009 stiegen Kindergeld und Kinderfreibetrag. Es gibt ein Schulbedarfspaket für hilfebedürftige Schüler. Haushaltsnahe Dienstleistungen werden stärker gefördert.

Die Bundesregierung will Bürgerinnen und Bürger dauerhaft und solide finanziert entlasten und der Konjunktur auf diesem Wege zusätzliche Impulse geben.

Deshalb hatte das Bundeskabinett ein Maßnahmenpaket beschlossen, das

- die steuerliche Belastung senkt,
- die je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanzierten Lohnzusatzkosten deutlich unter 40 Prozent hält und
- in Familien investiert.

Der im Kabinett beschlossene Entwurf des Familienleistungsgesetzes schafft die konkreten Regelungen für den familienpolitischen Teil dieses Maßnahmenpaketes.

Ab dem 1. Januar 2009 stieg das Kindergeld: Für erste und zweite Kinder um jeweils 10 Euro von 154 Euro auf 164 Euro, für dritte Kinder um 16 Euro von 154 Euro auf 170 Euro. Für vierte und weitere Kinder hebt die Bundesregierung das Kindergeld um je 16 Euro von 179 Euro auf 195 Euro monatlich an.

Ab 1. Januar 2009 stieg auch der Freibetrag für jedes Kind von 3.648 Euro um 192 Euro auf 3.840 Euro. Zusammen mit dem Betreuungs- und Erziehungsfreibetrag gelten somit künftig Freibeträge für jedes Kind von insgesamt 6.000 Euro (vorher 5.808 Euro).

Hilfebedürftige Schülerinnen und Schüler erhalten ab 2009 zusätzlich 100 Euro für Schulbedarf. Die gibt es bis zum Abschluss der Jahrgangsstufe 10 jeweils zum Schuljahresbeginn.

9

Förderung für Hilfen im Haushalt**Inzwischen wurde schließlich die Förderung von Hilfen im Haushalt ausgeweitet**

Das betrifft sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Haushalt, beauftragte Dienstleistungsunternehmen (zum Beispiel Hausreinigung oder Gartenarbeiten) und die Betreuung und Pflege von Familienangehörigen.

Bisher galt: Für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Haushalt eine Förderung von maximal 2.400 Euro, für beauftragte Dienstleistungsunternehmen maximal 100 Euro und für Betreuung und Pflege von Familienangehörigen maximal 600 Euro.

Jetzt werden die drei Dienstleistungsbereiche zusammengefasst. Es gilt ein gemeinsamer Höchstbetrag: Künftig können 20.000 Euro bei der Steuererklärung angegeben werden. 20 Prozent, also maximal 4.000 Euro, werden dann erstattet.

Handwerkerarbeiten bleiben wie bisher absetzbar. 20 Prozent von 3.000 Euro maximal (keine Materialkosten), also 600 Euro, erstattet das Finanzamt.